



# Gerechtigkeit

## Überlegungen zum bedingungslosen Grundeinkommen aus feministischer Sicht

VON SUSANN WORSCHCH

→ Das Bedingungslose Grundeinkommen ist zu einer viel diskutierten politischen Idee geworden. BefürworterInnen finden sich in nahezu allen politischen Lagern: Während Konservative vor allem die Möglichkeit eines schlanken Sozialstaats mit deutlich weniger Bürokratie sehen, stehen für Linke Gerechtigkeits- und verteilungspolitische Fragen im Vordergrund, für christliche Gruppen wiederum die grundsätzliche Würde des Menschen, aufgrund derer jede und jeder durch ein Mindesteinkommen am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben kann und Grundbedürfnisse materiell abgedeckt sind.

### Das bedingungslose Grundeinkommen: radikal, anders, emanzipatorisch

Beflügelt wurde diese Debatte vor allem durch die zunehmende Kritik an Hartz IV. Statt einer Notabsicherung und individuellen Förderung mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt steht das derzeitige Sozialsystem eher für Kontrolle von Lebensverhältnissen und Zwang zu jeglicher Arbeit. Es schafft Abhängigkeiten, statt Menschen zu ermutigen, ihr Leben selbst und aktiv zu gestalten.

Dazu haben sich die Anforderungen an ein modernes Sozialsystem in den letzten Jahren drastisch gewandelt: Arbeit ist unsicherer ge-

worden, Lebensläufe prekärer und „flexibler“ – was oftmals bedeutet, dass der Anpassungsdruck an die Erfordernisse der Erwerbswelt eine Entfremdung im Sozialen nach sich zieht: Man arbeitet heute hier, morgen dort – für Familie, Freundschaften und Ehrenamt ist dann weder Platz noch Zeit. Der tägliche Effizienzdruck, das „höher, schneller, weiter“ der Ökonomie, das viele Menschen längst in ihr Leben übernommen haben, lässt keine Pause zu. Gerade diese Ruhe braucht es aber, um Zeit mit Kindern zu verbringen, um kreativ tätig zu werden, um sich für Gutes zu engagieren. Umgekehrt gilt meist: wer sich die Zeit nimmt für gesellschaftlich wichtige, aber unbezahlte Aufgaben, tut dies auf eigenes finanzielles und biographisches Risiko. Als Arbeit gilt nur Erwerbsarbeit – ob gesellschaftlich sinnvoll oder nicht, ist dabei egal.

Zugleich ist Arbeit immer öfter nicht mehr Existenz sichernd, denn geringe Löhne, neue Selbständigkeit und unbezahlte Dauerpraktika bewirken, dass Arbeit sich kaum lohnt oder zu entwürdigend schlechten Bedingungen verrichtet wird. Wenn sich Menschen durch ihre Arbeit nicht mehr vor Armut schützen können, werden sie angreifbar und verletzlich. Wenn der Wert von Arbeit sich in deren Bezahlung spiegelt, diese aber immer öfter zu ge-

ring ausfällt, um davon auch leben zu können, ist dies unwürdig. Angesichts unseres eigentlichen gesellschaftlichen Reichtums wird mit schwindender biographischer Selbstbestimmung und eigenständiger Existenzsicherung auch die Würde des Menschen antastbar, denn Armut und Erwerbsarbeitslosigkeit sind stigmatisiert und schließen von gesellschaftlicher Teilhabe aus.

Vieles spricht daher für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Ein durch den Staat gezahltes Einkommen, welches jedem Bürger und jeder Bürgerin – unabhängig von Erwerbsarbeit – garantiert, an den gesellschaftlichen Ressourcen teilhaben zu können und über eine gesicherte materielle Existenz zu verfügen. Ein Einkommen, das bedingungslos, also ohne vorherige Bedarfsprüfung gezahlt wird und zu nichts verpflichtet. Arbeit und Einkommen sollen entkoppelt werden, und ein würdevolles Leben gilt als grundlegendes Recht – so, wie Würde nicht erst „verdient“ wird, sollte auch ein Mindesteinkommen nicht verdient werden müssen. Ein Grundeinkommen, das Arbeit als solche anerkennt, unabhängig davon, ob diese Arbeit entlohnt ist oder nicht, könnte einen großen Teil der unbezahlten Arbeit, die eine Gesellschaft an Laufen erhält, endlich sichtbar und „bezahlt“ ma-

# als Flatrate?

chen. Und den Menschen, die in diesen Bereichen tätig sind, jene Anerkennung zukommen lassen, die bislang vor allem Erwerbstätige genießen.

Die lebhaften Debatten über Vor- und Nachteile, Effekte und Umsetzbarkeit des Bedingungslosen Grundeinkommens lassen aber eine Frage weitgehend außer Acht. Ungeklärt ist bislang, wie das Grundeinkommen aus frauenpolitischer Sicht zu bewerten ist. Erst langsam regt sich auch hier eine Diskussion über positive und negative Aspekte des Grundeinkommens bezüglich der Lebensrealität von Frauen und gesellschaftlicher Geschlechterbilder. Der Mangel verwundert, zumal die Debatte um das Grundeinkommen stark gerechtigkeitsorientiert geführt wird. Geschlechtergerechtigkeit aber gilt allzu oft noch nicht als ein zentraler Punkt von gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeit. Der genderblinde Fleck der Sozialpolitik macht sich auch beim Thema Grundeinkommen bemerkbar.

## **Sozialpolitik ist nicht geschlechtsneutral**

Dabei liegen die gerechtigkeitspolitischen Probleme der derzeitigen sozialpolitischen Situation für Frauen auf der Hand. Durch die Hartz-IV-Gesetze werden Frauen besonders benachteiligt, da sie häufiger in Teilzeit- oder Geringverdienststellen beschäftigt sind und somit eigentlich Anspruch auf Sozialleistungen hätten, aber durch das Prinzip der Bedarfsgemeinschaft weder finanzielle Hilfen noch arbeitsmarktorientierte Förderungen bekommen. Unter-

stützt wird so vor allem die Abhängigkeit vom erwerbstätigen Partner. Private Solidarität und Verantwortung werden praktisch amtlich erzwungen – keine gute Basis für gleichberechtigte, respektvolle Partnerschaften. Zudem bietet Hartz IV gerade Alleinerziehenden, und das sind zu 90 Prozent Frauen, keine wirkliche Chance zu eigenständiger Existenzsicherung, da Erwerbstätigkeit oftmals entweder finanziell kaum lohnt oder an mangelnden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder scheitert. An dieser mehrheitlich weiblichen Zielgruppe mit ihren sehr speziellen Bedürfnissen wie guter Kinderbetreuung und flexiblen Arbeitszeiten geht Hartz IV vollständig vorbei und bewirkt damit eine Verfestigung von Armut, statt Auswege aufzuzeigen.

Hinzu kommt, dass Frauen mit Ungerechtigkeiten am Arbeitsmarkt konfrontiert werden, die vom derzeitigen Steuer- und Sozialsystem nicht ausgeglichen werden können, Deutschland leistet sich noch immer eine katastrophale, geschlechterspezifische Einkommensdiskrepanz: Frauen verdienen im Schnitt etwa 20 Prozent weniger als Männer. Darüberhinaus halten eine strukturelle Benachteiligung am Arbeitsmarkt sowie mangelnde Betreuungsmöglichkeiten für Familienangehörige Frauen vom Arbeitsmarkt fern. Es bedarf eines Systems sozialer Sicherung ohne paternalistische Züge von Arbeitszwang und Kontrolle, ohne eine Sichtweise von Frauen als „abgeleitete Wesen“ und ohne negative Anreize zu eigenständiger Existenzsicherung.

Wäre die Einführung eines Grundeinkommens ein geeigneter sozialpolitischer Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit? Um diese Frage zu erörtern, ist es notwendig, sozialpolitische Effekte danach zu unterscheiden, wo und wie sie wirken: unmittelbar auf die jeweilige Lebenssituation von Frauen und Männern oder abstrakt auf der gesellschaftspolitischen Ebene.

## **Empowerment und Selbstbestimmung...**

Konkret würde ein Grundeinkommen zunächst die Einkommenssituation vieler Frauen verbessern. Insbesondere jene Frauen, die in Teilzeit oder im Niedriglohnbereich – beides überwiegend „weibliche“ Arbeitsverhältnisse – arbeiten, würden vom Grundeinkommen profitieren, da dieses nicht nur ein Gesamteinkommen über dem Existenzminimum garantieren, sondern auch die entwürdigende Praxis der Bedarfsprüfung für jene Arbeitnehmerinnen, die zusätzliche Sozialleistungen beziehen, ablösen könnte. Gerade für Familien und besonders für Alleinerziehende wäre damit das Armutsrisiko effektiv vermindert und die Existenzsicherung nicht mehr an familiären Status und Erwerbsarbeit gebunden.

Eine solche Sicherung der materiellen Existenz hätte einen deutlichen Autonomiegewinn zur Folge. Wahrscheinlich würde die Verhandlungsposition von Frauen innerhalb der Partnerschaft oder Familie gestärkt, denn meistens gilt: wer das Geld verdient, bestimmt über dessen Verwendung. Finanzielle Abhängigkeit vom Partner trifft



überwiegend Frauen, zumal in der Familienphase, und nur selten werden einseitig erzielte Einkommen wirklich gerecht aufgeteilt und Entscheidungen demokratisch getroffen. Außerdem wäre mit dem Autonomiegewinn des Grundeinkommens die Entscheidung darüber, welche Arbeit wann zu welchen Bedingungen anzunehmen ist, flexibler möglich, denn aufgrund des gesicherten Einkommens bestünde mehr Wahlfreiheit – auch gegen ein Arbeitsangebot. ArbeitgeberInnen müssten bessere Bedingungen anbieten, wenn schlecht bezahlte Jobs leichter abgelehnt werden könnten. Eine solche Stärkung der Souveränität von ArbeitnehmerInnen käme besonders Frauen zu Gute, und zwar nicht nur im Niedriglohnbereich. Auf der Basis eines Grundeinkommens wäre es leichter, gleiches Geld für gleiche Arbeit zu fordern und jenen ArbeitgeberInnen, die Frauen systematisch schlechter bezahlen, einfach den Rücken zu kehren.

Von der Wahlfreiheit profitieren würden Frauen auch durch eine leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein sicheres Grundeinkommen würde Männern und Frauen flexiblere Kombinationen von Familienzeit, Engagement und Erwerbssphäre und damit eine faire Arbeitsteilung ermöglichen. Zugleich wäre das Grundeinkommen eine monetäre Sichtbarmachung jener Arbeit, ohne die keine Gesellschaft funktionieren kann, die bislang aber unbezahlt bleibt. Familienarbeit und ehrenamtliches Engagement sind zentrale Pfeiler der Gesellschaft wie auch der Ökonomie, durch die Fixierung auf Erwerbsarbeit wird diese Arbeit jedoch kaum anerkannt. Durch das Grundeinkommen könnte gesellschaftlich wertvolle und bisher oft „weibliche“ Arbeit aufgewertet und damit auch für Männer attraktiver

werden. Mit der steigenden Wahlfreiheit würde eine Loslösung bestimmter Arbeitsbereiche vom Geschlecht näher rücken und traditionelle geschlechtsspezifische Rollenbilder leichter überwunden werden.

Vieles spricht dafür, dass das Bedingungslose Grundeinkommen ein Meilenstein auf dem Weg zu einem geschlechtergerechten Gesellschaftsvertrag wäre. Die Aufwertung anderer Arbeits- und Lebensstile neben der Erwerbsarbeit könnte ein neues Verständnis sozialer Bedürfnisse und solidarischer Pflichten nach sich ziehen, welches das aktuelle Verständnis wertvoller Arbeit grundlegend verändern könnte. Der Wert von Arbeit, und damit auch der Person, die sie verrichtet, würde sich nicht mehr am Entgelt, sondern an gesellschaftlicher Nützlichkeit orientieren dürfen, womit auch Familien- und sonstige unbezahlte Arbeit respektiert wäre. Das ohnehin kaum noch populäre Familienmodell des Alleinernährers würde weiter in den Hintergrund treten, stattdessen könnte sich eine Arbeitsteilung etablieren, die auf gemeinsamer Verantwortung und gegenseitigem Respekt beruht. Es würden nicht bestimmte Arbeitsformen oder Präferenzen aufgrund des Geschlechts vorausgesetzt, sondern Männern und Frauen mehr Entscheidungsfreiheit in der Ausgestaltung ihrer Arbeitsbiographie ermöglicht.

### **...oder traditionalistische „Frauenfalle“?**

Diesem positiven Szenario stehen erhebliche Bedenken gegenüber, das Grundeinkommen könnte auch negative Folgen für Geschlechtergerechtigkeit haben. Ein wesentliches Problem wäre die Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen. Auf der Basis eines gesicherten Grundeinkommens entfielen die Not-

wendigkeit der Erwerbsarbeit, was zur Verdrängung von Frauen vom Arbeitsmarkt führen und Argumente dafür liefern könnte, dass Frauen sich wieder verstärkt der Familienarbeit widmen. Ein solcher steigender sozialer Druck zugunsten traditioneller Arbeitsteilung wäre nicht nur ein unmittelbares Problem für Frauen, die sich wieder verstärkt zwischen Familie und Erwerbstätigkeit entscheiden und sich im Gegensatz zu Männern für ihre Entscheidung öfter rechtfertigen müssten. Eine Re-Traditionalisierung könnte auch Argumente für anhaltende Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen liefern und Vorurteile über weibliche Erwerbstätigkeit aufrechterhalten. Zudem könnte das Grundeinkommen von ArbeitgeberInnen als Kombilohn-Modell genutzt werden, was ein Lohndumping insbesondere im Niedriglohnbereich zur Folge hätte. Von dieser negativen Entwicklung wären überwiegend Frauen betroffen. Hoch qualifizierte Frauen hingegen hätten durch eine (sozial gewünschte) längere Abwesenheit vom Arbeitsmarkt vor allem den Verlust von Humankapital und Netzwerkeffekten, aber auch eine Fortschreibung allgemeiner Diskriminierung am Arbeitsmarkt zu fürchten.

Damit wäre nicht nur der Autonomiegewinn gegenüber ArbeitgeberInnen, sondern auch im privaten Raum in Frage gestellt, zumal ein eigenes (Grund-)Einkommen beider Partner noch lange nicht eine Verringerung ihrer Einkommensunterschiede bedeutet, sondern diese sogar festschreiben könnte, wenn Männer sich stärker auf Erwerbsarbeit und entsprechende Karrieren konzentrieren, während Frauen ihnen den Rücken freihalten. Die Anerkennung von Familienarbeit und Ehrenamt, aufgefasst als „Haus-

frauen-Gehalt“, muss noch lange nicht zu einer geschlechtergerechteren Arbeitsteilung führen, zumal das Grundeinkommen ja bedingungslos ist, also auch dann gezahlt wird, wenn eine Person überhaupt nicht arbeitet. Der emanzipatorische Effekt des Grundeinkommens verkehrte sich ins Gegenteil, würden nicht zugleich Arbeits- und Gerechtigkeitsbegriffe grundlegend in Frage gestellt.

Schließlich besteht noch das Problem, dass auch der Staat jeden Euro nur einmal ausgeben kann und in Zeiten knapper Kassen die Entscheidung zwischen individuellen Transfers und Investitionen in gesellschaftliche Infrastruktur getroffen werden muss. Auch wenn BefürworterInnen des Grundeinkommens dessen Finanzierung als machbar bezeichnen: Es besteht die Gefahr, dass die Kosten des Grundeinkommens durch Einsparungen im Bereich öffentlicher Güter aufgefangen werden. Damit ginge das Grundeinkommen möglicherweise zu Lasten von Kinderbetreuung, Bildung und Arbeitsmarktpolitik und damit zu Lasten von Frauen, die vorwiegend die Kinderbetreuung übernehmen und auf gleichstellungs- und förderpolitische Maßnahmen verzichten müssten. Dies würde bedeuten, dass gerade

Bildung und Betreuung reprivatisiert und der Sozialstaat geschwächt oder seine Aufgaben in das bürgerschaftliche Engagement ausgelagert würden. Ein so pauschal angelegtes Sozialsystem wie das Grundeinkommen läuft Gefahr, individuelle Notlagen, Abhängigkeiten und besondere Bedarfe, beispielsweise von Alleinerziehenden, Schwangeren oder ärmeren Frauen zu übersehen.

#### **Auf den Rahmen kommt es an**

Ist das Bedingungslose Grundeinkommen also aus frauen- und geschlechterpolitischer Sicht zu befürworten oder abzulehnen? Eine pauschale Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Zweifelsohne birgt das Grundeinkommen ein hohes Potenzial für emanzipatorische Effekte – nicht nur für Frauen. Ein neuer Begriff von Arbeit und davon, was im Leben wirklich zählt, ist notwendig. Hier leistet das Grundeinkommen bereits jetzt einen Beitrag, indem es Fragen und Debatten provoziert. Wenn die Wahrnehmung von Armut und Reichtum, sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe diskutiert wird, bietet das auch die Chance, Geschlechterungerechtigkeiten aufzuspüren und dagegen aktiv zu werden. Insofern ist schon die Debatte an sich ein geschlechterpolitischer Gewinn.

Anders verhält es sich mit der Idee selbst. Alle Konsequenzen, die über die grundlegende materielle Absicherung hinausgehen, können sich positiv oder negativ für Frauen auswirken. Es kommt daher auf die konkrete Gestaltung der Rahmenbedingungen des Grundeinkommens an. Wird es parallel zum Grundeinkommen verbindliche Mindestlöhne, Individualbesteuerung, eine qualitativ und quantitativ gute Kinderbetreuung und eine gesellschaftliche Akzeptanz offener Lebensentwürfe geben, dann wirkt auch das Grundeinkommen ermutigend und emanzipativ. Wenn Männer sich mit mehr Selbstverständlichkeit um Kinder kümmern und auch mal überwiegend ehrenamtlich arbeiten, Frauen ebenso häufig in Führungspositionen zu finden sind wie Männer und Arbeit geschlechtsunabhängig wertgeschätzt wird, kann ein Grundeinkommen für alle mehr Entscheidungsfreiheit ermöglichen. Andererseits bedarf es für eine geschlechtergerechte Gesellschaft eben genau solcher Rahmenbedingungen – nicht jedoch zwangsläufig eines Grundeinkommens selbst. Es ist kein Instrument für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Es ist mit seiner stark positiven Orientierung auf den kreativen, sinnstiftend arbeitenden, eigenverantwortlichen Menschen ein Motor für Gerechtigkeitsdebatten – und bietet Anlass, an den geschlechterpolitisch wünschenswerten Rahmenbedingungen schon zu arbeiten.

SUSANN WORSCHICH  
ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin. Die 30-jährige arbeitet unter anderem für die Heinrich-Böll-Stiftung und promoviert zu externer Demokratieförderung in Osteuropa.

#### **Existenzsicherung – Vorsorge für Frauen im Alter EFiD-Studientag 16. März 2010 in Hannover**

Frauen verdienen in Deutschland durchschnittlich 25 Prozent weniger als Männer, ihre Renten fallen um durchschnittlich 60 Prozent niedriger aus. Vielen Frauen droht Altersarmut. Die gesellschaftlich zunehmend diskutierten Fragen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, der ausreichenden Anerkennung von Pflegezeiten für die Rente, sowie die Einführung eines Mindestlohnes werden zentrale Aspekte des Studientages sein.

Weitere Informationen finden Sie in Kürze unter [www.evangelischefrauen-deutschland.de](http://www.evangelischefrauen-deutschland.de).